



**Wir
wünschen
allen
Tullnern
und
Tullnerinnen
ein
friedliches
Jahr
2006**

Innenstadt-Offensive

Noch wenige Tage vor der Gemeinderatssitzung kündigte Bürgermeister Stift eine großartige Innenstadt-Offensive an, da war von einer Tiefgarage unter dem Hauptplatz, einem neuen Rathaus, einem Hotel, einem Veranstaltungssaal u.a. die Rede.

»...Erhöhung des Parkplatzangebotes durch geeignete Maßnahmen...«

Das ist so ziemlich alles, was von der angekündigten Innenstadt-Offensive in der Gemeinderatssitzung am 27.11.05 übrig geblieben ist. Warum die Grünen trotzdem dagegen gestimmt haben? Der Teufel steckt wie immer im Detail. Die ÖVP hat nun einmal die absolute Mehrheit und kann also tun was sie will. Wo sie selbst unsicher ist, ob die TullnerInnen damit auch einverstanden sind, holt sie sich die anderen Parteien ins Boot, um dann sagen zu können, es haben ja alle gewollt. Mit der SPÖ ist es ihr diesmal gelungen. »Geeignete Maßnahmen« lässt

alles offen und im Prinzip hat man damit die Katze im Sack gekauft.

»...ob Hoch- oder Tiefgarage oder einfache Parkplätze ist letztlich egal...«

(Zitat Stift), das heißt, auch die Tiefgarage, die von 2/3 der TullnerInnen in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde, könnte dann als »geeignet« erscheinen. Nicht mit den Grünen. Wir haben einen eigenen Antrag für einen autofreien Hauptplatz eingebracht, der natürlich von der Mehrheit niedergestimmt wurde. Die Attraktivität des Hauptplatzes erhöht man nicht mit einem kleinen Veranstaltungsplatz, der jetzt schon mittels einiger Halteverbotstafeln möglich ist, sondern mit einer Fußgängerzone, in der sich die Menschen wohlfühlen können, ohne zwischen reversierenden und kreisenden Autos um ihre Sicherheit zu bangen oder in den Schanigärten die Abgase dieser Blechlawine zu konsumieren.

Mag. Rainer Patzl

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Bereits ein Jahr vor der nächsten Nationalratswahl wird fast täglich über den beginnenden »Wahlkampf« berichtet. Sagen wir statt Wahlkampf einfach Wahlwerbung, und diese findet eigentlich ununterbrochen statt. Parteien präsentieren ihre Themen und Anliegen und werben so für ihr Programm.

Das Wort Kampf sollte in einer politischen Auseinandersetzung nichts mehr verloren haben. Denn genau genommen will jede Partei, die zu Wahlen antritt auch gewinnen. Das heißt alle sogenannten Koalitionsdiskussionen gehen ja davon aus, dass keine Partei eine Mehrheit findet.

Selbst wenn man das als gegeben annimmt, sollte man doch in erster Linie sein Programm bewerben und nicht gegen andere kämpfen. Natürlich kann man die Zusammenarbeit mit anderen Parteien aus bestimmten Gründen

auch grundsätzlich ablehnen, aber im Allgemeinen gehören Koalitionsgespräche erst dann geführt, wenn die WählerInnen entschieden haben. Dabei ist es dann wichtig, ein Arbeitsprogramm für eine Legislaturperiode zu erstellen in dem zwar durchaus Kompromisse zu schließen sind, aber die eigenen Grundsätze nicht untergehen.

Eine Festlegung im Vorhinein heißt für Großparteien, sie wissen bereits dass sie es ohne Partner nicht schaffen und haben bereits eine/n MehrheitsbeschafferIn zur Hand, für die kleinen bedeutet es aber sich völlig auszuliefern.

Wir werden daher weiterhin Wahlwerbung wie immer betreiben, und den Wettkampf um den Sieg den WählerInnen überlassen, den sie am Wahlsonntag hoffentlich fair entscheiden.

Die Redaktion

Richtigstellung:

Errare humanum est.

In unserer letzten Ausgabe haben wir die Stadtgemeinde Tulln und den Umweltstadtrat Eisenschenk fälschlicherweise beschuldigt, für den Kahlschlag am nördlichen Donauufer verantwortlich zu sein.

Richtig ist vielmehr: Grundeigentümer ist die Familie Metternich, und die Genehmigung für diese Abholzung erfolgte nicht von den Verantwortlichen der Stadtgemeinde Tulln.

Anzumerken wäre allerdings, dass diese Rodung sehr wohl auf Tullner Gemeindegebiet stattgefunden hat und Kahlschläge in dieser Art weder für die Umwelt noch für uns akzeptabel sind.

errare humanum est

»Irrren ist menschlich« - lateinisches Sprichwort
Nach Cicero, Philippica XII, 2, 5 u. a.

Red.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Die Grünen Tulln 3430 Tulln a. d. Donau, Königstetterstraße 48-65/5/3 Für den Inhalt verantwortlich: DIE GRÜNEN TULLN, Verlagspostamt 3430 - Tulln Redaktion: Rainer Patzl, Erika Simané, Karl Baach; Layout: Rudi Simané. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht zwingend die Meinung der Redaktion dar.

Der Tullner 70er

Großes Fest für den Bürgermeister

Am ersten Freitag im Dezember wurde in der Halle 8 am Messegelände der 70. Geburtstag von Willi Stift gebührend gefeiert. An der Spitze von etwa 700 Gästen gratulierten die Familie und Freunde aus Politik und Wirtschaft.

Die Laudatios hielten Gattin Christiane, Vizebürgermeister Peter Eisenschenk, die Wirtschaftskammerpräsidentin Sonja Zwazl und Landeshauptmann Erwin Pröll.

Der Kapitän der »Stadt Tulln« zeigte sich sichtlich gerührt, aber ansonsten bestens gelaut. Weitere prominente Gäste waren Altbundespräsident Kurt Waldheim, Landesvize Ernst Gabmann, Innenministerin Liese Prokop sowie Bildungsministerin Elisabeth Gehler.

Dass Letztere ebenfalls am Tisch mit der Nummer 5 Platz genommen hatte, kann ja nur Zufall gewesen sein ...

Red

Die meisten
schönen Schuhe sind
nette kleine
Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Sie werden sehen: Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.

GEA
Gehen Sitzen Liegen

seit 10 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel.: 02272/66701

Einkaufsstadt Tulln?

Oder: der Versuch Richtiges mit den falschen Methoden zu erreichen

Die Einkaufsfrequenz in der Stadt ist rückläufig, auch diejenigen Geschäftsleute, die sich jahrelang aus Angst vor Konkurrenz vor sogenannten »Frequenzbringern« wie H&M etc. gewehrt haben, sehen jetzt die Notwendigkeit der Ansiedlung solcher Betriebe ein.

Damit alteingesessene Fachgeschäfte überleben und sich auch neue ansiedeln bedarf es einer Frequenzsteigerung in der Innenstadt.

Ob das mit dem geplanten Einkaufszentrum gelingen wird bleibt zu hoffen. Die Maßnahmen zur Frequenzsteigerung dürfen sich aber neben einem Einkaufszentrum nicht ausschließlich darauf beschränken die Stadt für Autofahrer attraktiver zu machen.

Beim Thema Parkplätze wird Tulln schließlich niemals mit den Einkaufszentren auf der grünen

Wiese mithalten können. Trotzdem ist auch uns Grünen klar, dass ein attraktiver Branchenmix in einer Bezirkshauptstadt nicht ausschließlich von den KundInnen leben kann, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die Stadt gelangen können.

Es muss also in unmittelbarer Nähe zu den Einkaufsstraßen auch genügend Parkplätze (Kurzparkzonen) geben. Diese Parkplätze gibt es allerdings schon. Die beiden Parkdecks in der Albrechtsgasse und in der Frauentor-

gasse sind schlecht ausgelastet, obwohl die Parktarife sehr günstig sind. Sogar an Markt-Tagen wo der gesamte Hauptplatz gesperrt ist und viele Leute unterwegs sind, findet man dort ausreichend Parkplätze. Erst kürzlich hat man doch die Chance einer echten Gestaltung des Minoritenplatzes zu Gunsten der Autolawine vertan. Jetzt werden beim neuen Einkaufszentrum noch 500 zusätzliche Park-

einer Tiefgarage einzuleiten. Schließlich stimmten bereits im Jahr 1998 über 60% der Tullner Bevölkerung bei einer Volksbefragung klar gegen eine Tiefgarage (7,4% wollten die Tiefgarage vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt und nur 32,2% waren dafür). Abgesehen davon, dass eine Tiefgarage in Tulln wirtschaftlich nur ein Desaster sein kann, sehen wir einfach die Notwendigkeit nach zusätz-

den viel besser ausgenutzt. Bemühungen den Anteil von Radfahrern und Fußgängern zu erhöhen werden hingegen nicht verfolgt.

Dabei gäbe es vielfältige Möglichkeiten in diese Richtungen: Sei es ein Zustellservice, sei es ein Depot um Einkäufe zwischen zu lagern oder anderes. Vergessen wird auch immer auf den »Wohlfühlfaktor«: Je weniger Autos in der Stadt herumfahren,

desto wohler fühlen sich die Menschen auf dem Fahrrad oder zu Fuß. Das Einkaufsverhalten der Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert. Statt mit einer Einkaufstasche - einmal um den Block - alle Dinge des täglichen Lebens heimzutragen, ist »Shopping« angesagt. Eine Mischung aus Freizeitvergnügen, Bummeln und Einkaufen, wobei man möglichst alles, möglichst immer, und möglichst günstig zu bekommen hofft, und dabei auch die kulinarischen Bedürfnisse nicht zu kurz kommen sollten.

Diesem Trend haben viele vergleichbare Städte durch großzügige Fußgängerzonen, attraktive Platzgestaltungen und einer bunten Gastronomieszene Rechnung getragen und davon profitieren die BewohnerInnen und die Betriebe gleichermaßen.

Mag. Rainer Patzl



Was für ein Ambiente für eine Einkaufsstadt - Autos, Autos, Autos. Nun aber deshalb den Hauptplatz völlig zu ruinieren halten wir für falsch. Wo bleibt da der »Wohlfühlfaktor«?

plätze geschaffen. Aus Sicht der Grünen die Chance die Autos vom Hauptplatz endgültig zu verbannen.

Was unternimmt hingegen die Rathausmehrheit? Sie zaubert Studien auf den Tisch, welche die Notwendigkeit von noch weiteren 800 Parkplätzen untermauern soll und fordert die Erhöhung des Parkplatzangebots durch geeignete Maßnahmen.

Diese etwas schwammige Formulierung wurde gewählt, um über diesen Umweg den Bau

lichen Parkplätzen in der Innenstadt nicht.

Stattdessen erneuern wir unsere Forderung nach einem elektronischen Parkleitsystem, die wir schon mehrmals eingebracht haben. Es ist mir rätselhaft warum keinerlei Überlegungen in dieser Richtung angestellt werden. Zeige ich Autofahrern auf elektronische Weise wo es freie Parkplätze gibt, wird sinnloses Kreisen auf der Suche nach einem Parkplatz verringert und die vorhandenen Parkplätze wer-

Besuchen Sie uns doch im Internet:

www.tulln.gruene.at

Gerechtigkeit beim Geld

Grüne fordern: Gemeindebudget für Frauen und Männer

ÖVP gegen eine gerechte Verteilung des Gemeindebudgets



Unter der Lupe

Tulln-Offensive

Dass unsere Stadt attraktiver für uns selbst und unsere Gäste werden soll, ist allen politischen Parteien klar.

Darüber, wie das geschehen soll, scheiden sich jedoch die Geister.

Wir Grüne stehen für Lebensqualität und unsere Vorstellungen sind ganz danach ausgerichtet: An Stelle einer Tiefgarage möchten wir ein Gesamtverkehrskonzept, das alle Zufahrten zur Innenstadt berücksichtigt.

Denn wenn nur am Hauptplatz und im Westen investiert wird, werden die anderen Straßen vernachlässigt. Das Verkehrskonzept soll zuerst alle anderen Möglichkeiten abseits einer Tiefgarage prüfen.

Wir Grüne wollen eine große multifunktionale Fußgängerzone und eine Bevorzugung von FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Die Umfrage zum Masterplan hat gezeigt, dass die Mehrheit der Tullnerinnen und Tullner mit dem Rad fährt oder zu Fuß geht und zusätzliche Parkplätze nicht benötigt.

Eine Überdachung aller Gehsteige halte ich für Geldverschwendung und unnötig. Bestehende attraktive Fußgängerzonen belegen dies.

Liane Marecsek

Bisher galt das Hauptaugenmerk bei der Erstellung eines Budgets - ob bei Bund, Ländern oder Gemeinden - der Aufteilung der Geldmittel auf die verschiedenen Ressorts. Wieweit diese Aufteilung jedoch den Vorgaben von Demokratie und Geschlechtergleichheit entsprechen, ist mehr als fraglich.

Existierende Abläufe und Routinen sind oft geschlechterblind oder voreingenommen. Eine wirksame Möglichkeit, solchen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, ist die Erstellung eines Genderbudgets, das heißt: die gerechte Aufteilung der öffentlichen Mittel zwischen Männern und Frauen, Alt und Jung. Dazu bedient man sich des Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming ist ein Instrumentarium, um die Geschlechterverhältnisse hin zu mehr Demokratie und Gleichstellung zu verändern. Es stellt die Frage, wofür und für wen öffentliches Geld ausgegeben wird. Dazu werden alle Budgetausgaben schrittweise geprüft und durchleuchtet. Soziale, politische und kulturelle Geschlechterrollen sind historisch gewachsen und veränderbar. Dafür braucht es kombinierte gesetzliche und praktische, sich gegenseitig verstärkende Maßnahmen.

Nicht Frauen und ihre Probleme stehen im Vordergrund, sondern die strukturellen Veränderungen, die nicht das

männliche Geschlecht als allgemein menschliche Norm sehen. Vorhandene Geldmittel müssen gerecht verteilt werden. Deshalb haben wir Grünen ein Genderbudget-Konzept präsentiert, das die gerechte Verteilung des Gemeindebudgets zum Inhalt hat.

Das Konzept sieht eine Studie vor, die klären soll, wie sich die Verteilung öffentlicher Gelder der Gemeinde auf Frauen und Männer auswirkt. Untersucht werden sollen die Bereiche Gesundheit, Bildung und Sport.

Darauf aufbauend soll dann in die Budgeterstellung ein genereller Kontrollmechanismus eingebaut werden, der budgetär Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, aber auch anderer Gruppen wie Jung und Alt von vornherein und in allen Bereichen garantiert.

Die Kosten von 30.000 EUR wären vom Land NÖ, der EU und der Gemeinde zu je 1/3 aufzubringen. Das Land NÖ

hat seine Unterstützung bereits zugesagt, es scheitert jedoch am Willen der Gemeinde, denn leider wollen die »Rathaus-Mächtigen« nichts davon wissen: Das Budget sei ohnehin geschlechtsneutral - so die Antwort. Belegen kann das niemand. Die ÖVP lässt sich nicht in die Karten schauen, sie fürchtet einen Machtverlust.

Mit dem Beitritt zur EU 1995, der Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam und den nationalen Grundlagen des Artikels 7 des Bundesverfassungsgesetzes hat sich Österreich übrigens politisch und rechtlich dazu verpflichtet, Gender Mainstreaming umzusetzen.

Auf Landesebene wird derzeit nur in Oberösterreich eine geschlechtergerechte Budgetanalyse durchgeführt. Tulln hätte diese Analyse als erste Gemeinde Österreichs durchführen können und wäre somit in einer Vorreiterrolle auf Gemeindeebene gewesen.

Liane Marecsek

wellkamm

Erika Grüll Friseurmeisterin

Tulln City Passage



02272/82255

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

Budget - nur Zahlen oder mehr?

Tulln und das liebe Geld - die Stadtfinanzen genauer betrachtet

Ein Voranschlag (Budget) einer Gemeinde zeigt, mit welchen Einnahmen und Ausgaben im folgenden Jahr zu rechnen ist und macht sichtbar, für welche Projekte Geld da ist und für welche nicht. Man kann in diesem Zahlenwerk erkennen, ob eine Gemeinde über ihre Verhältnisse lebt oder nicht und natürlich vieles mehr. Generell ist ein Budget somit die in Zahlen gegossene Politik einer Gemeinde.

Leider sind die Finanzen von Gemeinden (auch von Ländern oder vom Bund) nicht mit Bilanzen von Unternehmen vergleichbar und es bedarf einiges an Know-how und Übung, um sich in so einem Zahlenwerk zurechtzufinden. Man muss verstehen, dass nicht alles in so einem Budget Aussagekraft hat und man einiges flexibel gestalten kann.

Ein Beispiel dafür sind die jedes Jahr in der Bürgermeisterzeitung veröffentlichten Zahlen. Ein Außenstehender muss den Eindruck bekommen, Tullns Einnahmen und Ausgaben sind gleich groß und die Gemeinde macht daher keine Schulden. Der springende Punkt dabei ist, dass Kreditaufnahmen als Einnahmen verbucht werden. So erst erreicht man den Gleichstand von Einnahmen und Ausgaben.

Eine große Schwierigkeit dabei ist die Darstellung bzw. die Verschleierung der Kosten von langfristigen Wirtschaftsgütern. Unternehmensbilanzen kennen dazu den Begriff Abschreibung, der dazu dient, die Kosten auf mehrere Jahre zu verteilen. Kostet eine Maschine zum Beispiel EUR 100.000 und wird sie 10 Jahre lang genutzt, dann habe ich jedes Jahr Kosten von EUR 10.000. Bei Gemeindebilanzen gibt es keine Abschreibung, eine »Kostenverteilung« erreicht man nur dann, wenn

für die Maschine ein Kredit benötigt wird. Die Ausgaben für den Kredit scheinen schließlich während der Laufzeit auf. Ansonsten stehen die kompletten Kosten nur im ersten Jahr im Budget.

Genau um dieses Problem ging es beim Thema Gebührenerhöhungen im Bereich Kanal und Wasserversorgung. Obwohl die Bereiche laut Budget »Überschüsse« erwirtschaften war eine Erhöhung notwendig um die Kosten zu decken.

Im Wesentlichen kann man Einnahmen und Ausgaben in einem Budget in jeweils drei Bereiche einteilen:

- * Ordentliche (laufende) Einnahmen bzw. Ausgaben
- * Verkäufe und Käufe von Investitionsobjekten (z.B. Grundstücke oder Gebäude)
- * Aufnahme und Tilgung von Krediten (darunter fallen auch erhaltene Subventionen)

Es liegt nahe, dass die laufenden Einnahmen höher als die laufenden Ausgaben sein sollten. Schließlich fallen ja jedes Jahr einmalige Investitionen an, die mit diesem Geld finanziert werden müssen. Zum Glück ist Tulln in der glücklichen Lage einen Überschuss in dieser Position zu erzielen, leider auf einem nur durchschnittlichen Niveau. Der Grund dafür sind auch die vielen Projekte von Bürgermeister Stift in den vergangenen Jahren. Diese behübschen zwar die Stadt, aber durch Betriebskosten bzw. jährliche Verluste erhöhen sie stetig die laufenden Kosten. Das führt dazu, dass man entweder bestehendes Vermögen (Grundstücke) verkaufen oder zusätzliche Kredite aufnehmen muss.

Jetzt möchte ich nicht generell Schulden als etwas Böses verdammen, aber, es kommt darauf an, ob mit diesem Geld

in die Zukunft investiert wird (Kreisverkehre und Brunnen??), wie hoch die Schulden sind und welche Zinsen in den folgenden Jahren dafür zu bezahlen sind.

Gerade das ist aber am Tullner Budget für 2006 mein größter Kritikpunkt. Der Schuldenstand steigt um 16% auf rund EUR 33 Millionen. Das ist mittlerweile deutlich mehr als die laufenden Einnahmen. Hinzu kommt, dass sich die Zinsen derzeit auf einem historischen Tiefstand befinden. Ein möglicher Zinsanstieg, der absehbar ist, wird deutlich höhere Zinszahlungen mit sich bringen. Das können für Tulln schnell einmal ein paar 100.000 Euro sein.

Zum Glück befindet sich Tulln (noch) nicht in der Situation von St. Andrä-Wördern. Dort ist es soweit, dass der finanzielle Spielraum sich gegen Null bewegt. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben nur noch unwesentlich. Für jede Investition ist es daher notwendig, entweder bestehendes Vermögen zu verkaufen oder zusätzliche Kredite aufzunehmen. Davon wurde in den letzten Jahren massiv Gebrauch gemacht, mit dem Ergebnis, dass der Schuldenstand sich binnen weniger Jahre verdoppelt hat.

Ein generelles Problem bei finanziellen Entscheidungen sind die langfristigen Auswirkungen. Wird zum Beispiel jetzt in Tulln eine Tiefgarage gebaut, hat das massive Folgen für das Gemeindebudget der nächsten Jahrzehnte. Ein Zeitpunkt, zu dem Bürgermeister Stift schon lange nicht mehr im Amt ist.

Sein möglicher Nachfolger tut also gut daran ihn bei manch finanziellen Entscheidungen rechtzeitig zu bremsen, will auch er noch einen Gestaltungsfreiraum haben.

Mag. Rainer Patzl



Grünes Teleskop

In letzter Zeit wird den Grünen vorgeworfen kuschelweich und machtgerig zu sein und kein Profil mehr zu haben. Früher mussten wir uns immer rechtfertigen warum wir gegen etwas sind. In letzter Zeit häufen sich allerdings die Fragen warum wir denn für etwas gestimmt haben. So war die Aufregung groß, als wir die Gebührenerhöhungen in Tulln weitgehend mitgetragen haben.

Eine Rolle dabei spielt auch wie die anderen Parteien uns wahrnehmen. Früher ist man einfach über uns »drübergefahren« ohne uns um unsere Meinung zu fragen. Durch den Sitz im Stadtrat, den wir seit einigen Monaten innehaben, werden wir viel mehr in Gespräche eingebunden und können so unsere Vorstellungen auch einbringen. Dadurch können wir bei mehr Dingen als früher zustimmen.

Trotzdem braucht sich niemand fürchten, dass wir zur Ja-Sager-Partei geworden sind. Das haben wir mit unserem Nein zu zusätzlichen Parkplätzen im Zentrum gezeigt und ebenso mit dem Nein zum Voranschlag 2006. Schließlich heißt ein Ja zum Budget ein generelles Ja zur Politik der ÖVP und das ist mit unserer Überzeugung nicht machbar.

Mag Rainer Patzl

Initiativen im Gemeinderat



Aus meiner Sicht

Realos und Fundis

Ich behaupte einmal genau diese Diskussion macht die Grünen aus, und sie kann nie zu Ende sein. Grundsätze zu haben ist für jede politische Partei unentbehrlich. Menschen, die sich für diese Grundsätze einsetzen sind wichtig und verdienen Respekt. Grundsätze sind das Fundament auf denen ein politisches Programm entstehen soll, aber keine Dogmen. Ein politisches Programm ist ein Prozess, der sich weiterentwickelt durch die Veränderungen der Welt und der Gesellschaft, und es bedarf der »Fundis« die Grundsätze dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Auf der anderen Seite stehen immer wieder die »Realos«, von denen erwartet wird, möglichst viele grüne Ideen umzusetzen, dabei aber immer genug Augenmaß zu beweisen, welche Kompromisse sie eingehen können oder müssen. Nur ein ständiger Diskussionsprozess gibt den Grünen eine Existenzberechtigung. Ob und in welcher Öffentlichkeit diese Diskussionen geführt werden ist einerseits Geschmacksache und wird andererseits den Grünen oft genug von den Medien aufgezwungen. In diesem Sinne bekenne ich mich zu einem fundamentalen Realismus.

Erika Simané

Grüne Anträge für Tulln

Weniger Tempo, weniger Verkehrsschilder

Grüne Initiative für ein Pilotprojekt im Langenlebarner-Viertel

Tempo 30 im Ortsgebiet verringert erwiesenermaßen Unfälle mit Verletzten im Schnitt um ca. 25 %.

Gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmer wie FußgängerInnen und RadfahrerInnen werden durch Tempo 30-Zonen geschützt. Weiters nimmt die Lärmbelastigung durch den motorisierten Verkehr spürbar ab. Beispiele

wie Graz, wo bereits 1993 flächendeckend (Ausnahme: Vorrangstraßen) Tempo 30 eingeführt wurde und der 7. Wiener Gemeindebezirk zeigen den Erfolg dieser Maßnahme: Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, weniger Lärm, weniger Unfälle.

Deshalb stellten die Grünen in der Gemeinderatssitzung am 6.12.05 folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, als Pilotprojekt für das gesamte Tullner Gemeindegebiet Tempo 30 im Langenlebarner-Viertel zu verordnen.

Die Langenlebarner Straße soll als Vorrangstraße davon ausgenommen sein. In der Tempo 30 Zone soll generell der Rechtsvorrang an Kreuzungen gelten.

Intelligenter Heizkostenzuschuss

Neue Wege in der Armutsbekämpfung!

Durch die ständig steigenden Energiepreise werden viele Menschen vor zusätzliche finanzielle Probleme gestellt. Um die Menschen in dieser Stadt bei diesen Problemen zu unterstützen, müssen mehrere in sich greifende Maßnahmen gesetzt werden.

Dazu gehört ein »intelligenter« Heizkostenzuschuss, der einerseits die finanzielle Seite und andererseits Energiesparmaßnahmen berücksichtigt.

Durch eine große Palette von technischen Maßnahmen, aber auch durch Änderungen des Verbrauchsverhaltens, die keine Einbußen von Wohnkomfort bedeuten, kann ein deutlich geringerer Energieverbrauch und damit auch langfristig eine Senkung von Energiekosten erzielt werden.

In nahezu allen Tullner Haushalten sind kurzfristige Einsparungen der Energiekosten von 10-30 % möglich. Viele Maßnahmen sind entweder zu wenig bekannt oder sind für viele Menschen nicht leistbar.

Hier setzt der »intelligente Heizkostenzuschuss« als Bringschuld der Stadt an: Unmittelbar in den Wohnungen der Menschen sollen sofort langfristig wirksame Energiesparmaßnahmen um-

gesetzt werden. Darüber hinaus schafft dieses Programm einen wesentlichen Beschäftigungsimpuls.

Die Tullner Grünen stellen daher in der Gemeinderatssitzung am 6.12.05 folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen: All jenen Menschen, die einen Heizkostenzuschuss beantragen, zusätzlich zur finanziellen Förderung eine unentgeltliche Energieberatung sowie konkrete Hilfestellung mit dem Ziel die Energiekosten nachhaltig zu senken, anzubieten, um wirksame Sparmaß-

nahmen im jeweiligen Haushalt zu identifizieren:

- ✓ grobe Kesselüberprüfung bei Gasthermen
 - ✓ Heizungsentlüftung
 - ✓ Einfache Fensterdämmungen
 - ✓ Ganz allgemein Hilfestellung beim Lesen der Strom bzw. Energierechnung
- Mittels eines Strommessgerätes, das dem Haushalt zur Verfügung gestellt wird, soll auf die hohen Stand-by Kosten bzw. auf die Wirtschaftlichkeit von Energiesparlampen hingewiesen werden.

Das Gespräch in Tulln



Im Rahmen der Reihe »Das Gespräch«, die von der Grünen Bildungswerkstatt NÖ veranstaltet wird, trafen sich am 24.11.05 interessierte TullnerInnen mit dem Grünen Bildungssprecher Dieter Brosz zu einer interessanten Diskussion über die unbefriedigende Situation der österreichischen Schulen und Lösungsansätze der Grünen zu deren Verbesserung.

Red.

Macht der Medien

Die im Radio hab'n g'sagt!

Wenn man im Radio oder Fernsehen die Nachrichten aufdreht, oder eine »unabhängige« Zeitung aufschlägt glaubt man im Allgemeinen daran objektive Berichterstattung hören, sehen oder lesen zu können. Aber wer ist schon unabhängig und was ist objektiv?

Wenn man eine Parteizeitung oder ein Werbeprospekt in die Hand nimmt, weiß man woran man ist. In einer unabhängigen Zeitschrift gibt es zwar keine direkte Einflussnahme durch politische Parteien, sie ist aber abhängig von den Einkünften aus Inseraten. Diese wiederum bekommt sie, insbesondere die finanziell einträglichen, von Großunternehmen in deren Vorständen, Aufsichtsräten etc. wieder Menschen mit massiven politischen Interessen sitzen.

Wer zahlt schafft an

Das Motto »Wer zahlt schafft an« bildet somit indirekt die Blattlinie. Der ORF-Stiftungsrat besteht aus 35 Mitgliedern, 6 davon werden vom Publikum direkt gewählt, der Rest nach politischen Kriterien besetzt. Derzeit hat dabei die ÖVP die Mehrheit und das für die nächsten fünf Jahre, egal wie die Nationalratswahlen 2006 ausgehen. Man kann sich vorstellen, wie gefärbt die Berichterstattung bereits im kommenden Wahlkampf sein wird und welche Chancen regierungskritische JournalistInnen haben

werden. Wer sich einmal die Mühe macht darüber nachzudenken, was pro Tag auf dieser Welt alles geschieht und was davon in unseren Medien berichtet wird, der weiß welche Beeinflussung allein die Auswahl der Themen bedeutet, ganz abgesehen davon wie oder was man über ein be-



stimmtes Ereignis berichtet. Natürlich leben wir in einem freien Land und es ist jedem möglich sich über die diversesten In- und ausländischen Medien zu informieren, wer das einmal versucht fragt sich oft, ob einerseits die Journalisten auch alle bei dem gleichen Ereignis waren und andererseits, wer in welchem Auftrag die Auswahl der Beiträge vornimmt. Sicher ist, dahinter stehen ganz massive Interessen der jeweils Mächtigen die Menschen in ihrem Sinne zu beeinflussen um so den Machterhalt möglichst lange abzusichern.

Ist das Glas halbleer oder halbvoll

Ein klassisches Beispiel einer solchen Beeinflussung erleben wir bei der Berichterstattung über die Wiener Landtagswahl. Die Grünen haben überall gewonnen, sowohl

dubiosen Meinungsumfragen und Wunschzielen einiger Mandatäre. Danach haben die Grünen alle ihre Wahlziele verfehlt und stehen somit trotz massiver Gewinne am Ende als Verlierer da.

Alle Macht geht vom Volk aus

In Österreich könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Macht von verschiedenen Medien ausgeht, insbesondere einem wohlbekanntem kleinformatigen. Aber auch das ist zu kurz gegriffen, denn auch dahinter stehen Interessen von Lobbys und es ist zu befürchten, dass in unserer materialistischen Gesellschaft sowohl PolitikerInnen als auch Medien nur mehr Spielball von massiven Machtinteressen zahlungskräftiger Großkonzerne sind.

Was also tun?

Einerseits froh darüber zu sein, dass es im Zeitalter der Informationsgesellschaft eine bunte Vielfalt von Informationen gibt, andererseits diese kritisch zu betrachten und diese Kritikfähigkeit bereits im Schulalter zu fördern. Und vor allem nicht alles einfach zu glauben, nur weil es in der Zeitung steht sondern Medien vor allem als Hilfestellung zu eigenen Meinungsbildung zu sehen, die landläufige Meinung »...die im Radio hab'n g'sagt, also ist es so...«, die zum Teil noch aus dem Weltkrieg stammt, wo Radiohören oft überlebenswichtig war, auch in diesem Sinne zu überdenken. Vielleicht ein Beipackzettel für Medien: »Über unerwünschte Nebenwirkungen der Berichterstattung informieren Sie - ja, wer eigentlich?«

Erika Simané

GRÜNER STAMMTISCH:

Wir treffen uns jeden letzten Donnerstag im Monat um 19^{30h}. Den jeweils genauen Treffpunkt entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.tulln.gruene.at. Unter der TelNr.: 02272/66447 können Sie uns jederzeit eine Nachricht auf Tonband hinterlassen, oder uns aber auch von Ihrem Anliegen per Email unter tulln@gruene.at verständigen





Punschzeit...

Sag mal Lindenbaum, was machst du auf einem Adventmarkt?

Was man in der Weihnachtszeit halt so macht: Geschenke kaufen. Auf diesen Märkten finden sich oft ganz entzückende Sachen. Und, warum bist du da?

Ich tue Gutes und spende für die Bedürftigen. Schließlich bringt jeder Punsch und jeder Glühwein, den ich hier trinke, wohlthätigen Organisationen nicht zu unterschätzende Spendensummen.

Na, dann warst du heute schon besonders spendabel, mein lieber Grünspecht. Deine Zunge scheint mir schwerer zu sein als meine Einkaufstaschen. Und ob deine Nase wirklich nur von der Kälte so rot ist?

Du hast ja keine Ahnung, Freund Lindenbaum, ich spende fast täglich - und das die ganze Adventzeit hindurch. Bis ich hier in Wien alle Stände durch habe - und das sind immerhin mehr als zweihundert - wird das Spenderherz noch ganz schön strapaziert werden. Und erst die Leber - oje!

Kann ich mir vorstellen. Solche Glühweinexzesse sind nicht grade gesund. Und ins Geld gehen sie wahrscheinlich auch.

Stimmt leider. Aber was hältst du denn davon, Lindenbaum: Raus aus der Stadt, hinaus aufs Land? Dort wird vielleicht billiger gepunocht.

Gepunocht, meinst du wohl. Wer weiß, was in diesen Trankeln alles so drinnen ist. Naja, wichtig ist ja nur, dass das Zeug süß, heiß und stark ist. Mit der passenden Musikberieselung wird sich die besinnliche Stimmung bestimmt einstellen.

Apropos besinnlich, wolltest du nicht schon immer mal nach Stifftausen? Dort gibts angeblich ein Adventdorf, das in Insiderkreisen auch Punsch - City genannt wird. Die verzichten fast gänzlich auf diesen ganzen überflüssigen Weihnachtskitsch zugunsten der Wohltätigkeit.

Du meinst, zugunsten der Punschstände!?

Genau. Keine Christbaumkugeln, kein Kunsthandwerk oder sonstige weihnachtliche Basteleien. Nur Speckbrote, Punsch und Glühwein. Klingt doch verlockend, oder nicht?

Ausgezeichnete Idee, Grünspecht! Darauf trinken wir jetzt einen Glühwein - oder auch ein paar mehr. Und bei nächster Gelegenheit besuchen wir diese berühmte-berühmte Punsch - City im hübschen Einkaufstädtchen Stifftausen.

Tulln im Bild



Was lange währt, wird endlich....

Hier wieder einmal unser »Lieblingsbrunnen«. Das obere Foto stammt vom 6. Dezember 2005. Das untere hingegen vom 16. 10. 2004. Finden sie nicht auch, daß die Herrschaften ein Bissl sehr lange zum Verpacken gebraucht haben???



Immer mehr TullnerInnen nutzen das Fahrrad um zum Bahnhof zu kommen. Die »Radparkplätze« werden immer knapper. Und die ÖBB? Die erhöht die Preise. Es ist zu befürchten, dass da viele wieder aufs Auto umsteigen...